

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptamt für Bad Schandau und das Finanzamt Sächs. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Oksächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327

Hauptredaktion: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmündlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porstendorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilkau, Schöna, Waltersdorf, Wendischbühre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: R. Köhlerlapp

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beitzelle 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, Illustrierte Sonntagsbeilage „Das Leben im Bild“

Nichterscheiden einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 235

Bad Schandau, Freitag, den 7. Oktober 1927

71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Die Phosgen-Vergiftungen im Betriebe der J. G. Farbenindustrie haben noch ein zweites Opfer gefordert. Der unter schweren Vergiftungsercheinungen ins Krankenhaus eingelieferte Chemiker ist ebenfalls gestorben.

\* Das Baseler Bombententat während der Sacco- und Banzetti-Demonstrationen am 10. August hat ein zweites Todesopfer gefordert. Der Straßenbahner Pluhmacher, der sich auch in dem zerstörten Straßenbahnwägen befand, ist an den Folgen der Verletzung und den Folgen eines Nervenschlags gestorben.

\* Gegenüber den Meldungen der Pariser Abendpresse, daß der französische Botschafter bei Tschitscherin wegen der Abberufung Rakowstis vorgeschoben habe, erfährt die L. A. von gut unterrichteter Seite, daß diese Nachricht nicht zutrifft.

\* Wie aus Moskau gemeldet wird, ist in Rostow eine Typhus-epidemie ausgebrochen. Ueber 1000 Personen sollen erkrankt sein.

## Die fremdenfeindliche Union.

Von Otto Corbach.

Der festliche Lärm, womit die amerikanischen Legionäre in Frankreich programmäßig offiziell begrüßt worden sind, wird ihren Verdruß darüber kaum zu überdecken vermögen, daß sie nur durch ein starkes Aufgebot von Polizei und Truppen vor feindseligen Demonstrationen breiter Massen des französischen Volkes geschützt werden konnten. Die Früchte eines Sieges, der ohne amerikanische Hilfe nicht möglich gewesen wäre, sind den Franzosen verbittert worden durch die Schulverpflichtungen, mit denen diese Hilfe erkaufte werden mußte. Weniger in Frankreich als in anderen Teilen Europas hat die wachsende feindselige Stimmung, die dem ständig anschwellenden Strom amerikanischer Touristen den Aufenthalt überall in der alten Welt etwas vergällt, noch eine andere Quelle: Während sich jeder Durchschnittsamerikaner heute wenigstens einmal einen mehrmonatigen Ferienaufenthalt in Europa leisten kann, ohne daß der „Dollarsiegen“ Hunderttausender solcher Touristen auch nur die Fingern aufwölbe, die der amerikanische Gläubiger für Kriegsschulden beansprucht, umgibt die Union, die einst als das gelobte Land der Unterdrückten und Verfolgten der ganzen Welt galt, sich gegenüber den Waren und arbeitssuchenden Menschen der Alten Welt mehr und mehr mit einer chinesischen Mauer.

Gerade gegenwärtig rührt das hundertprozentige Amerikanertum wieder eifrig die Trommel für eine noch stärkere Drofflung der Einwanderung und eine noch schärfere Überwachung Eingewanderten. Es handelt sich dabei vor allem um die Forderung einer Registrierung aller Eingewanderten, die das amerikanische Bürgerrecht noch nicht erworben haben, und ihrer polizeilichen Überwachung. Dabei sollen alle, die sich irgendwie unberechtigt eingeschmuggelt haben, rücksichtslos ausgewiesen werden. Viel wichtiger ist, daß der Staatssekretär für Arbeit, in geschickter Weise von verschiedenen Mitgliedern des Komitees für Einwanderung im Kongreß unterstützt, sich erneut mit größtem Nachdruck für eine Ausdehnung des Quotengesetzes vom Jahre 1924 auf Kanada, Mexiko und alle lateinamerikanischen Republiken einsetzt, während bisher dieses Gesetz nur für die Einwanderung aus der Alten Welt galt. Die überwältigende Mehrheit der Einwanderer aus diesen Ländern kommt aus Kanada und Mexiko. Nach dem Zensus vom 1. Januar 1920 wohnten in der Union 1 138 174 Personen, die aus Kanada oder Mexiko gebürtig waren. Seitdem wanderten ein: Im

Rechnungsjahr (ab Schl. 30. Juni)	aus Kanada	aus Mexiko
1920	90 025	52 361
1921	72 317	30 758
1922	46 810	19 551
1923	117 011	63 768
1924	200 690	89 336
1925	102 758	32 964
1926	93 368	43 316
1927	81 506	67 721

Nach diesen Zahlen wohnen in der Union heute 1,8 bis 1,9 Millionen aus Kanada und 0,8 bis 0,9 Millionen aus Mexiko Gebürtige. In Wirklichkeit handelt es sich um wesentlich größere Massen, da besonders in früheren Jahren zahlreiche Einwanderer aus diesen Ländern jeder Kontrolle sich zu entziehen vermochten. Man nimmt an, daß die Zahl der aus Kanada Gebürtigen 2 1/2 Millionen, die der aus Mexiko Gebürtigen 1 1/2 Millionen überschreitet. Besonders beunruhigt fühlen sich die „Hundertprozentigen“ durch das Anwachsen der Einwanderung aus Mexiko; die Einwanderung aus Kanada würden sie wohl vorläufig auf sich beruhen lassen, wenn nicht diese wiederum den Arbeiter-Gewerkschaften ein Dorn im Auge wäre, deren Druck es zuzuschreiben ist, daß in der „Empfehlung“ des Arbeits-Ministeriums kein Unterschied zwischen Kanada und Latein-Amerika gemacht ist. Bei Anwendung des Quotengesetzes würde die Einwanderung aus Kanada jährlich nur zwei Prozent der im Jahre 1889 in der Union wohnenden Personen, deren Geburtsort jenseits der

Nordgrenze liegt, nach dem Zensus 980 938 betragen dürfen, also 19 618. Für die Verschärfung der Einwanderungsgesetzgebung und ihre Ausdehnung auch auf die westliche Hemisphäre setzen sich auch Personen ein, die bisher dafür bekannt waren, aus geschäftlichen Gründen ihre Mildertung zu wünschen. Dazu gehören die Mitglieder des National Industrial Council, einer Arbeitgeber-Gruppe, die seit dem Sacco-Banzetti-Fall leidenschaftlich die von dem Staatssekretär für Arbeit vorgeschlagene fremdenfeindliche Politik befürwortet.

Es ist gleichwohl begreiflich, daß sich in der nächsten Umgebung des Präsidenten Coolidge noch vorläufig unüberwindliche Widerstände gegen eine Ausdehnung des Quotengesetzes auf Kanada und die „Schwesterrepubliken“ geltend machen. Zwar hat die Union in den latein-amerikanischen Republiken an Zuneigungen überhaupt nicht mehr viel zu verlieren; aber schließlich wäre es auch für das reichste und mächtigste Land der Erde auf die Dauer ein unerträglicher Zustand, es jenseits der eigenen Grenzen nur mit Reibern und ausgeprochenen Feinden zu tun zu haben.

Daß während der letzten Jahre in den latein-amerikanischen Republiken gewaltige Summen nordamerikanischen Kapitals angelegt worden sind, bedeutet keine Gewähr für die Fortdauer freundschaftlicher Beziehungen zwischen diesen Ländern und der Union. Die Art und Weise, wie diese Investitionen oft zustande kommen, ist nur zu geeignet, böses Blut zu machen. Ein Beispiel dieser Art bildet die Ankündigung der Schaffung eines „neuen Monte Carlo“ in Habana, wo ein Newyorker Hotel-Syndikat einen Küstenstrich von fünf Meilen aufgekauft hat, um dort Rennbahnen und Spielklubs einzurichten. Der Schwiegerjohn des Präsidenten der Republik ist laut der Ankündigung an dem Unternehmen beteiligt. Die Erfahrungen, die man in Ruba mit der Verwendung der zugunsten der Opfer der letzten Sturm-Katastrophe gesammelten Gelder gemacht hat, haben dem Ansehen des Yankeeismus schon sehr geschadet. Das mit einem Aufwande von 12 Millionen Dollar geplante „Neu Monte Carlo“ könnte ihm leicht den Rest geben. Eine Übertragung der gegenüber Asien und Europaern üblichen Einwanderungsausschließungs- und Fremden-Gesetzgebung auf die gesamte amerikanische Umwelt aber würde sowohl bei den Kanadiern wie bei der gesamten latein-amerikanischen Völkerrasse die erbitterte Feindschaft gegenüber dem Yankeeismus entfachen.

## D 1230 in Lissabon gelandet.

Paris, 6. Oktober. Nach hier vorliegenden unbestätigten Nachrichten ist das Junkers-Ozeanflugzeug D 1230 heute um 16 Uhr in Lissabon gelandet.

## Zur Notlandung des D 1230 bei Santa Cruz.

Zu der Notlandung des Junkers-Ozeanflugzeuges D 1230 wird aus Lissabon gemeldet, daß die Landung wegen des schlechten Wetters erfolgte, nachdem das Flugzeug in dichtem Nebel eine halbe Stunde lang einen geeigneten Landungsplatz gesucht hatte. Der Pilot Looße, der am Steuer war, konnte den dichten Nebel nicht durchschauen. Das Flugzeug war bei seiner Landung vor dem Strande von Santa Cruz in gefährlicher Nähe der Klippen geraten. Die Bevölkerung, die an den Strand geeilt war und die Gefahr erkannt hatte, in der sich das Flugzeug befand, bei hohem Seegang an den Felsen zu zerbrechen, schwenkte Fackeln, zündete an Strände Feuer an und gab Flintenschüsse ab, um die Aufmerksamkeit der Besatzung zu wecken. Darauf nahmen die Piloten die Hilfe zweier Fischerboote an, die das Flugzeug eine Meile weit von der gefährlichen Stelle fortzuschleppen. Der Führer Looße ging darauf allein an Land, wo er einige Depeschen aufgab und in einem Hotel ein Mal zu sich nahm. Um 9 Uhr abends ging er wieder an Bord zurück.

## Abzug der Franzosen aus Diez.

Diez, 7. Oktober. Wie der Vertreter der L. A. aus zuverlässiger Quelle erfährt, werden die noch hier liegenden Truppenteile der französischen Besatzung am 28. Oktober endgültig die Stadt verlassen. Eine neue Besetzung erfolgt nicht, so daß die Stadt endlich, nach annähernd 9jähriger Besatzungszeit, frei wird. Durch den Abzug der Truppen wird eine wesentliche Erleichterung auf dem Wohnungsmarkt eintreten.

## Jugoslawischer Schritt in Sofia.

Belgrad, 6. Oktober. Der außerordentliche Ministerrat beschloß, den jugoslawischen Gesandten in Sofia zu beauftragen, noch am Abend, spätestens aber Freitagvormittag, wegen der Ermordung des Generals Kovatschewitsch bei der bulgarischen Regierung eine Demarche zu unternehmen. Ferner ist eine scharfe Note an Bulgarien in Aussicht genommen. Die jugoslawische Regierung wird die Auflösung der mazedonischen Organisationen fordern. Sollte dies die bulgarische Regierung ablehnen, so fordert Nowiski, daß mit dieser Aufgabe ein fremder

Staat beauftragt werde, der als der Beauftragte des Völkerbundes vorgehen würde.

Einer der Mörder des Generals ist bereits verhaftet worden. Am Tatort wurde eine bulgarische Militärhandgranate gefunden.

## Vollstufung des Reichsrates.

Berlin, 6. Oktober. Der Reichsrat hielt am Donnerstagabend eine öffentliche Vollstufung ab. Mit den Satzungsänderungen des Revisionsverbandes der sozialen Baubetriebe in Berlin erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Angenommen wurde ein fünftes Gesetz zur Abänderung des Reichsversorgungs-gesetzes und anderer Versorgungsgesetze. Die Novelle enthält hauptsächlich Bestimmungen über Rentenerhöhungen und zwar für Leichtbeschädigte stärkere Erhöhungen als für Schwerbeschädigte. Der Reichsrat nahm zum Gesetz eine Entschließung an, worin die Bereitstellung von 15 Millionen zur Erziehungsbeihilfe für Kriegswaisen begrüßt wird. Die Reichsregierung wird ersucht, die Entscheidung über die Gewährung dieser Beihilfen nicht den Versorgungsbehörden, sondern den Landesfürsorgestellen zu übertragen.

## Eröffnung des Memelländtages.

Die Sprachenfrage.

Der zweite Landtag des Memelgebiets wurde durch den Gouverneur Merlys eröffnet. Von 29 Abgeordneten waren 27 anwesend, während von dem Direktorium nur Präsident Schwelkuis auf der Regierungsbank Platz genommen hatte. Der Gouverneur verlas in litauischer und dann in deutscher Sprache eine längere Erklärung, aus der hervorging, daß der Gouverneur sich auf den Standpunkt stellt, der Memelländische Landtag sei vor allem ein Wirtschaftsparlament. Der Landtag müsse sein Hauptaugenmerk auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Memelgebietes lenken. Dann ging der Gouverneur besonders auf die Sprachenfrage ein. In jeder öffentlichen Schule müsse der Unterricht in litauischer und deutscher Sprache erteilt werden. Auch der Landtag darf sich nicht ausschließlich der einen der beiden gleichberechtigten Landessprachen bedienen.

In das Präsidium des Landtages wurden gewählt als erster Vorsitzender Abgeordneter von Dreßler von der Landwirtschaftspartei mit 22 von 27 Stimmen, als erster Vizepräsident Schulrat Meyer von der Volkspartei, als zweiter Vorsitzender der sozialdemokratische Abgeordnete Wertschus. Die drei litauischen Abgeordneten stimmten jedesmal dagegen und beteiligten sich an der letzten Wahl nicht mehr.

## Besprechungen des Reichsfinanzministers mit den Kommunalvertretern über die kommunalen Auslandsanleihen.

Berlin, 6. Oktober. Nachdem der Reichsfinanzminister kürzlich mit einigen Vertretern der Großstädte über die Frage der kommunalen Auslandsanleihen Besprechungen geführt hat, sollen, wie die L. A. erfährt, diese Besprechungen, die bisher nur vorbereitenden Charakter hatten, demnächst auf offizieller Basis wieder aufgenommen werden. Bei den kommenden entscheidenden Beratungen werden jedoch nicht nur Vertreter des Deutschen Städtetages, sondern auf ihren Antrag auch die übrigen kommunalen Spitzenverbände vertreten sein, damit die einzelnen, verschiedenartig gelagerten Verhältnisse gleichmäßig berücksichtigt werden können.

## Die Aufstandsbewegung in Mexiko.

Die letzten Nachrichten aus Mexiko besagen, daß die Aufstandsbewegung überall niedergeschlagen worden ist. Nur im Staate Vera-Cruz soll es 2000 Rebellen nochmals gelungen sein, sich zu sammeln. Artillerie soll den Aufständischen nicht zur Verfügung stehen. Regierungstruppen sollen sich bereits auf dem Anmarsch befinden, um den Kampf mit den Rebellen aufzunehmen. Als Führer dieser aufständischen Truppen taucht der Name des Generals Gomez auf, was aber bezweifelt werden muß, da die Nachricht von der Hinrichtung des Generals Gomez von offiziellen amtlichen mexikanischen Stellen ausgegeben worden ist.

## Kämpfe in der Nähe von Mexiko City.

In Newyork weiter eingetroffene Berichte von der mexikanischen Küste besagen, daß 12 Meilen von Mexiko City entfernt ein Kampf zwischen den Regierungstruppen und Aufständischen stattgefunden. Von den Aufständischen wurden 20 getötet und über 30 verletzt.

## Der Kampf um Peking.

In Peking eingelaufene Berichte besagen, daß an der Peking-Santau-Eisenbahnlinie der entscheidende Kampf um den Besitz der Hauptstadt begonnen hat. Den Hauptstreikkräften Tschangsolins steht das Gros der Schanghai-Kräfte gegenüber; insgesamt etwa 80 000 Mann.













